

Bürgerschaft der Hansestadt Wismar
PROTOKOLL

Sitzung des Eigenbetriebsausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 02.04.2019,
Raum, Ort: Raum 28, Am Markt 1, 23966 Wismar
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 17:47 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Elke Gustke (SPD)

Mitglieder

Frau Karin Lechner (SPD)

Prof. Dr.Sabine Mönch-Kalina (FÜR-WISMAR-Forum)

Herr Sigfried Rakow (CDU)

Frau Maren Teß (SPD)

Herr Frieder Weinhold (CDU)

Vertreter

Herr Bernd Hilse (DIE LINKE.)

Vertretung für: Frau Dr. Gabriele Sauerbier

Herr Peter Manthey (FDP)

Vertretung für: Herrn Tino Schwarzrock

Verwaltung

Herr Michael Berkhahn (Senator)

Herr Udo Wäsch ()

Frau Dagmar Broy ()

Frau Korinna Matthes ()

Abwesende Mitglieder

Mitglieder

Dr.Gabriele Sauerbier	(DIE LINKE.)	entschuldigt
Herr Tino Schwarzrock	(GRÜNE)	entschuldigt
Prof. Dr.Marion Wienecke	(DIE LINKE.)	unentschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Begrüßung durch die Vorsitzende
- 2 Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Beschlussfassung über die Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.03.2019
- 5 Aktionsplan gegen Müll
- 6 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1 Begrüßung durch die Vorsitzende

Frau Gustke eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2 Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Gustke stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

3 Beschlussfassung über die Tagesordnung

Frau Gustke hat im Vorfeld der Sitzung die Ausschussmitglieder per E-Mail darüber informiert, dass die in der Sitzung am 08.01.2019 getroffene Festlegung zur Thematik „Aktionsplan zur Vermüllung in einigen Stadtteilen“ in dieser Sitzung unter TOP 5 „Sonstiges“ diskutiert werden soll. Frau Professor Dr. Mönch-Kalina beantragt, hierfür einen eigenständigen Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil aufzunehmen und ihn „Aktionsplan gegen Müll“ zu nennen. Die Ausschussmitglieder sind mit der Verfahrensweise einverstanden. Frau Gustke stellt nun die geänderte Tagesordnung vor. Der TOP „Aktionsplan gegen Müll“ wird als TOP 5 eingefügt, so dass aus dem jetzigen TOP 5 TOP 6 wird, aus TOP 6 TOP 7 und aus TOP 7 TOP 8.

Frau Gustke lässt nun über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 05.03.2019

Frau Gustke lässt über das Protokoll vom 05.03.2019 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

5 Aktionsplan gegen Müll

Wortmeldungen:

Frau Gustke, Frau Professor Dr. Mönch-Kalina, Frau Lechner, Herr Rakow, Herr Senator Berkahn, Frau Teß, Herr Wäsch, Herr Hilse, Herr Weinhold, Herr Manthey

In der Sitzung am 08.01.2019 wurde über die aus der Bürgerschaft verwiesene Vorlage der Fraktion FDP/GRÜNE VO/2017/2627 „Aktionsplan gegen Vermüllung in einigen Stadtteilen“ diskutiert. Eine Festlegung aus dieser Diskussion war, dass die Ausschussmitglieder als Müllbotschafter fungieren und sich Gedanken zur Verbesserung der nachhaltigen Sauberkeit in der Stadt machen. Frau Gustke bittet nun Frau Professor Dr. Mönch-Kalina, die an diese Aufgabe erinnerte, um ihre Ergebnisse.

Frau Professor Dr. Mönch-Kalina führt hierzu aus, dass das FÜR-WISMAR-Forum die Beobachtungen gemacht hat, dass sich die Altstadt insgesamt in einem relativ sauberen Zustand befindet. Das Problem mit den Hundehaufen bleibt jedoch auch hier und wird von Bürgern immer wieder thematisiert. In den anderen Stadtteilen hingegen, insbesondere in Grünanlagen und Parks und auf dem Straßenbegleitgrün, sieht es nicht so gut aus. Das FÜR-WISMAR-Forum schlägt folgende Aktionen vor:

1. Aufklärung aller Bürger, insbesondere frühzeitige Aufklärung in Schulen
2. Beseitigung des Mülls durch die Stadt
3. Erinnerung der Mitmenschen mittels Schilder, Aufkleber, etc. an ihre Pflicht, ihre Hinterlassenschaften selbst ordnungsgemäß zu entsorgen
4. Erfahrung anderer Städte nutzen; Kontrollen verstärken; Bußgelder nutzen, um Mitmenschen an ihre Pflicht zu erinnern

In der nachfolgenden Diskussion bestätigt Frau Lechner den von Frau Professor Dr. Mönch-Kalina geschilderten Zustand, meint aber mit freundlichen Hinweisen an die Bürger nicht voranzukommen und plädiert dafür, Bußgelder einzusetzen.

Herr Rakow stimmt Frau Professor Dr. Mönch-Kalina nur in dem Punkt zu, dass eine Aufklärung aller Bürger und in den Schulen helfen könnte. Vor allem sollten diese Apelle über die Medien an die Bürger gerichtet werden.

Herr Senator Berkhahn hingegen ist überzeugt, dass diese Verhaltenssituation der Bürger eine Frage der Erziehung ist und dort geregelt werden sollte, wo Menschen in gesellschaftlichen oder sozialen Gemeinschaften zusammen kommen. Um mit Strenge (Bußgelder) dagegen vorzugehen, sind uns als Verwaltung ohne namentliche Kenntnis der Verursacher die Hände gebunden. Er appelliert an die Ausschussmitglieder über die sozialen Medien dieses Verhalten immer wieder anzuprangern.

Frau Teß weist darauf hin, dass das bisher Besprochene bereits Diskussionsstand der Januar-Sitzung war und dort darum gebeten wurde, dass die Verwaltung sich über die Möglichkeit des Appellierens an die Bürger mittels Schilder/Aufkleber etc. Gedanken machen sollte.

Lt. Herrn Senator Berkhahn sieht die Verwaltung hier keine Möglichkeiten. Zwar hat der EVB recherchiert und eine Werbeagentur in Hamburg gefunden, die Schilder/Aufkleber etc. mit witzigen Sprüchen versieht. Das kostet aber Geld, welches nicht eingeplant ist. Herr Wäsch sagt dennoch zu, ein Kostenangebot von dieser Firma einzuholen und es den Ausschussmitgliedern zur Diskussion vorzulegen.

Herr Hilse stimmt dem Vorschlag von Herrn Rakow zu, die Bürger über die Medien anzusprechen. Dabei sollte jedoch nichts beschönigt werden, sondern beispielsweise mittels Glossen die Verursacher angesprochen werden.

Auch Herr Weinhold fände Bestrafungen richtig, sieht aber vor allem auch die Schwierigkeiten dabei. Seiner Meinung nach sollte der „Müll“ immer schnellstmöglich beseitigt werden, damit kein neuer hinzukommt und teilt die Auffassung, dass das Ansprechen in den sozialen Medien hilfreich sein kann.

Herr Manthey vertritt die Meinung, je mehr die öffentlichen Wege und Plätze gepflegt werden, umso weniger Müll wird demzufolge dorthin geworfen. Er nennt als Beispiel die hübschen Blumen, die zurzeit in vielen Straßenbegleitgrünstreifen blühen und der Anblick den Bürgern Freude bereitet. Freude ist ansteckend, ebenso leider auch Negatives. Zum Thema Hundekot schlägt er

vor, zur Sensibilisierung der Bürger für dieses Thema in der Presse über die Kosten, die bei der Beseitigung der Hundehaufen für die Stadt entstehen, zu informieren.

Frau Professor Dr. Mönch-Kalina macht einen weiteren Vorschlag. Man könnte z. B. aufgrund der Verschmutzung durch Hundehaufen die Hundesteuer erhöhen und aufgrund der Verschmutzung des öffentlichen Bereiches die Straßenreinigungsgebühren. Man könnte den Bürgern dabei mitteilen, dass dies passiert, weil die Stadt allein den hohen Aufwand nicht mehr tragen kann und daher die Kosten auf die Allgemeinheit umlegt. Steuer- bzw. Gebührensenkungen könnten in Aussicht gestellt werden, sobald sich die Sauberkeit in der Stadt wieder verbessern würde.

Herr Senator Berkhahn schlägt vor, dass die Ausschussmitglieder selbst versuchen, hierfür eine politische Mehrheit zu bekommen und dann diesen Vorschlag in die Bürgerschaft einbringen. Wenn dieser Vorschlag von der Verwaltung kommt, ist er von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Frau Professor Dr. Mönch-Kalina bekräftigt noch einmal, dass Apelle an die Bürger über den Stadtanzeiger erfolgen sollten. Plätze, an denen sich junge Leute aufhalten, sollten von der Verwaltung gezielt aufgesucht werden, um mit ihnen zum Thema Sauberkeit und Entsorgungsverhalten ins Gespräch zu kommen.

Hierzu entgegnet Herr Senator Berkhahn, dass die Verwaltung in der Praxis kritisch gesehen wird. So etwas müsste auf politischer Ebene erfolgen.

Frau Gustke beendet den TOP und schlägt vor, dass alle Ausschussmitglieder den bisherigen Diskussionsstand mit in ihre Fraktionen nehmen, damit der neue Eigenbetriebsausschuss sich weiter mit dieser Thematik befassen kann.

6 Sonstiges

Wortmeldungen:

Frau Professor Dr. Mönch-Kalina, Herr Wäsch

Frau Professor Dr. Mönch-Kalina lässt sich folgende Fragen von der Verwaltung beantworten:

- Weihnachtssterne
41 Stück wurden bisher durch den EVB gekauft; 16 Stück wurden durch Sponsoring und Spenden angeschafft; der Kauf weiterer Weihnachtsstern durch den EVB ist nicht geplant
- Änderung Parkgebühren
Eine Beratung hierzu fand aufgrund der Zuständigkeit des Ordnungsamtes im Verwaltungsausschuss statt; im Eigenbetriebsausschuss erfolgt nur die Beratung zu den Parkentgelten, für die der EVB zuständig ist
- Zahlung der Transportkosten für die Entsorgung von Elektroaltgeräten und Schrott durch Vorkasse ist nicht bürgerfreundlich
Dies sieht auch der EVB so und ist derzeit dabei, über eine bürgerfreundlichere Zahlungsmöglichkeit (z. B. per Überweisung) nachzudenken.

Frau Gustke stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Der nicht öffentliche Teil der Sitzung wird hier nicht dargestellt.